

## **Grüne Relevanz – ein Vorschlag zur Ideenpolitik**

**Article by Reinhard Olschanski**

July 19, 2019

Lange bestimmt eine Trias von Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus den politischen Blick der Öffentlichkeit – und auch den der Intellektuellen und Akademien. Doch inzwischen ist eine weitere Idee hinzugekommen. Zu diesem Schluss muss jedenfalls gelangen, wer die globalen Debatten aufmerksam verfolgt. Das große ideenpolitische Pfund der Grünen liegt darin, dass sie die neue, die vierte politische Idee der Moderne verkörpern, nämlich die ökologische.

Wie muss man sich diesen Zugewinn genauer vorstellen? Und welche Schlüsse sollten die Grünen für den Ideenrahmen ihrer Politik daraus ziehen? Welche erweiterte Selbstbeschreibung können sie damit verbinden?

Und vorab: Was geht im „objektiven Geist“ einer Gesellschaft eigentlich vor sich, wenn eine neue politische Idee den Ideenhimmel stürmt? Denn die Paradigmen der Moderne sind ja nicht „immer schon“ dort oben. Sie sind keine platonischen Ideen, keine ewigen „Idole“ des Seins, sondern werden von höchst weltlichen, historisch-politischen Prozessen dort hin befördert.

### **Das ökologische Paradigma**

Der Erstgeborene unter den politischen Ideen der Moderne, der Liberalismus, war die politische Speerspitze des Aufklärungsdenkens und eines erstarkenden Bürgertums. Dem gegenüber war der Konservatismus ein „Zweitling“ – trotz seines gediegenen und mitunter ewigkeitsheischenden Auftretens. Er war eine Reaktion auf Liberalismus und Aufklärung und den Wandel hin zur bürgerlichen Gesellschaft. Und zwar im Sinne einer Sehnsucht nach dem Alten. Aber auch schon als erster Funke einer Dialektik der Aufklärung, einer eigensinnigen Reflexion auf die Kosten des Wandels. Der Sozialismus war der Dritte im durchaus antagonistischen Bunde. Er entstand als Reaktion auf die Not der aus den alten feudalen Produktionsverhältnissen freigesetzten Menschen, die sich im 19. Jahrhundert in den neuen Industriestädten sammelten. Lässt man die regressiven Autoritarismen aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts beiseite, sollte es über 100 Jahre dauern – bis in zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts –, bis eine weitere Grundidee hinzukam, eben die ökologische. Auch sie entstand – wie ihre Vorgänger – als besondere Problemanzeige.

Während die Antworten auf die soziale Frage in einer Kritik an modernen Produktionsverhältnissen fußen und sich vor allem auf systemisch vermittelte Ausbeutungsbeziehungen zwischen *Mensch und Mensch* richteten, richtete sich die neue ökologische Problemanzeige auf die technologische Basis, mittels derer sich die Auseinandersetzung zwischen *Mensch und Natur* vollzieht. Es ging um den Raubbau an Natur und die Vergiftung der Umwelt. Technologie und materiell-stoffliche Abläufe von Produktion und Konsumtion wurden nicht länger als neutral und alternativlos hingenommen, sondern erschienen ihrerseits als etwas Kritisierbares, von dem sehr unterschiedliche Ausprägungen möglich sind. Die ökologische Kritik forderte „grüne“, im ökologischen Sinne bessere und angemessenere Alternativen. Sie wurde von konkreten Erfahrungen wie den Atomkatastrophen von Tschernobyl bis Fukushima gestützt und befördert. Ebenso vom Nachweis, dass erfolgreiches Handeln möglich ist. Viele Flüsse sind wieder sauber. Der Trend zur Ausweitung des Ozonlochs wurde mit dem weltweiten FCKW-Verbot gestoppt.

Auch wenn das ökologische Paradigma nicht primär von den materiellen Notlagen des 19. Jahrhundert her formuliert wurde, so ist es deshalb nicht etwas leichtgewichtig „Idealistisches“. Insofern es die materielle Mensch/Natur-Beziehung in den Mittelpunkt rückte, ist es sogar „materialistischer“ als das soziale Paradigma. Und die millionenfache Klimaflucht verdeutlicht, wie sehr es inzwischen auch um die materiellen Interessen der Allerärmsten geht. Ökologie ist keine Idee „bloß für die Reichen“, die sonst keine Sorgen und Nöte mehr haben.

Gleichzeitig ist das ökologische Paradigma kein Klassenparadigma. Es bringt nicht wie der frühe Liberalismus den Standpunkt eines aufstrebenden Bürgertums zum Ausdruck. Es ist auch kein konservatives Reaktionsprodukt einer Feudalklasse auf die bürgerliche Revolution. Und auch keine Ideologie einer Arbeiterklasse im Kampf mit einem bourgeoisen Interessenbürgertum. Nachhaltiges Leben und Wirtschaften meint ein Angebot *an alle*. Es steht für weithin verallgemeinerbare Elemente eines guten Lebens: Gute Luft, gesunde Nahrung, nachhaltige Entwicklung – das soll für alle zugänglich sein.

Dabei ist die ökologische Idee eine globale. Sie geht über über die globalistische Idee des Wirtschaftsliberalismus, den freier Welthandel, hinaus. Dieser Idee setzte die Arbeiterbewegung ja die internationale Solidarität der Arbeitenden entgegen – zumindest dort, wo sie nicht dem Narkotikum des Nationalismus verfiel. Die ökologische Problemanzeige meint ihrerseits etwas, das an Ländergrenzen nicht halt macht – weder als radioaktiver Fallout noch als Treibhausgasemission. Die Erderhitzung ist heute neben der wirtschaftlichen Globalisierung *der* globale Vorgang par excellence. Und es ist erhellend, wie der Nationalpopulismus gerade beim Klimawandel den Kopf in den Sand steckt. Denn das Eingeständnis einer menschlichen Verursachung würde ja unmittelbar auf die Notwendigkeit einer über die engen Grenzen von Nationalstaaten hinausweisenden globalen Solidarität führen.

*Technologie und materiell-stoffliche Abläufe von Produktion und Konsumtion wurden nicht länger als neutral und alternativlos hingenommen, sondern erschienen ihrerseits als etwas Kritisierbares, von dem sehr unterschiedliche Ausprägungen möglich sind.*

Die Erderhitzung ist eine unbeabsichtigte Nebenfolge der menschlichen Naturauseinandersetzung. Sie schlägt nicht in Form einer *naturähnlichen* Verselbständigung *sozialer* Handlungssysteme – etwa als krisenhafter Kapitalprozess – auf die menschlichen Urheber zurück, sondern als Natur selbst – als etwas, das *naturgesetzlich* folgt, wenn zu viel Treibhausgas in die Atmosphäre gelangt. Der scheinbar so luftige Ökologismus erweist sich auch hier um eine Spur „materialistischer“ als seine Gegenspieler. Jean-Paul Sartre beschrieb entsprechende Vorgänge schon früh als „Kontrafinalitäten“, als Folgen menschlicher Natureingriffe, die sozusagen „feindlich“ gegen die Menschen ausschlagen, ohne doch von personalen Feinden auszugehen. Denn die Natur und ihre Gesetze sind keine personalen Widersacher. Der Kampf gegen Kontrafinalitäten meint nicht einfach einen Kampf, in dem soziale Gruppen sich nach dem Modell eines „Wir gegen Sie“ gegeneinander solidarisieren, sondern einen Kampf „Wir gegen Es“ – gegen die unpersönliche Instanz eines naturhaften Ablaufs, wie auch immer er von Menschen in Gang gesetzt wurde.

Das neue Paradigma erreichte sich im Verlauf von nur anderthalb Generationen die Köpfe und Herzen von Millionen Menschen. Es ist eine der wichtigsten lebensweltlichen Sinnorientierungen unserer Zeit. Und es artikuliert sich in einer ausdifferenzierten Politik. Deren Umfang und Bedeutung lässt an den Bereichen ablesen, die hier direkt betroffen sind: Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit, Ernährung, Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forschung und Wissenschaft, Gesundheit, Bauen und Wohnen, Verkehr, Wirtschaft, Energie, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Allein diese Themenfelder betreffen neun von vierzehn

gegenwärtigen deutschen Bundesministerien unmittelbar. Selbst wenn die Grünen ausschließlich das Ökothema bearbeiteten, wären sie längst nicht mehr jene Ein-Punkt-Partei, als die man sie lange etikettierte. Ihr Hauptthema alleine beschert ihnen ein politisches Portefeuille, das sich in Breite und Dringlichkeit mit den Kernangeboten der Konkurrenz problemlos messen kann – wo es diese nicht deutlich übertrifft.

Und längst schon hat sich die folgenethische ökologische Reflexion auch in alternativen Techniken, Standards und Verfahren niedergeschlagen und mit den Erneuerbaren Energien einen weltweiten Siegeszug angetreten. Bei der Energiewende geht es um nichts Geringeres als den Umbau eines basalen Sektors der Ökonomie. Die umfassende ökologische Transformation steht auf der Tagesordnung. Auch das zeigt: Die ökologische Idee ist zu einer Hauptidee unserer Moderne geworden. Sie ist der innovative und höchst attraktive grüne „Markenkern“.

## **Öffnung des Horizonts**

Das grüne Kernthema ist auch ein Fundament, um thematisch-inhaltlich noch weiter auszugreifen. Längst schon haben die Grünen den Anspruch formuliert, politischer „Vollsortimenter“ zu sein und die ganze Palette der politischen Themen abzudecken. Und sie tun es auch schon – etwa als führende Regierungskraft in Baden-Württemberg, der technisch innovativsten Region Europas. Klugerweise haben die Grünen sich nicht auf das Glatteis eines „Volkspartei“-Projekts locken lassen. Dieses Konzept gründet in relativ homogenen tragenden Kernmilieus, die in unserer Gesellschaft nur noch begrenzt anzutreffen sind. Gleichzeitig führte es Union und SPD zu gehöriger Unschärfe, hoher Lobbyaffinität, politischem Synkretismus und jeder Menge fauler und formelhafter Kompromisse.

Aber wenn nicht Volkspartei, was dann? Wie könnte ein alternativer Weg zu größerer grüner Relevanz aussehen? Eine wichtige Anregung gab Reinhard Bütikofer. Er empfiehlt den Grünen, sich im Dreiklang einer *Orientierungs-, Bewegungs- und Dialogpartei* zu verstehen. Damit meint er einmal, an der eigenen Herkunft aus den sozialen Bewegungen festzuhalten und sich nicht in institutionellen Prozessen zu verlieren, denen eine verantwortliche politische Partei sich gleichwohl nicht entziehen kann. Er meint aber auch den Anspruch, „die Frage nach der Gesamtorientierung, nach einem neuen, zukunftsfähigen Mainstream selbstbewusst zu stellen.“ Es gilt „grundlegende, zentrale Reformprojekte zu identifizieren und verlässlich dafür zu streiten, egal in welcher politischen Konstellation.“ Und dies erfordert einen besonderen einbeziehenden Politikstil. „Hegemoniefähigkeit“ darf gerade nicht mit „Besserwisseri“ verwechselt werden. Stattdessen gilt es, „die bewusste Schaffung von Anschlussfähigkeit eigener Perspektiven für andere zu suchen.“ Dieser Satz Bütikofer gehört dick unterstrichen. Denn der Zweck von politischer Kommunikation in der Demokratie ist ja nicht expressive Selbstästhetik. Es geht darum, die eigenen Gehalte so zum Ausdruck zu bringen, dass sie nachvollziehbar und überzeugend sind und möglichst eng an dem anknüpfen, was die Dialogpartner umtreibt.

Zur Hegemonie gehört auch „Auswärtsstärke“. Die Grünen brauchen einen geistig-kulturellen Brückenbau zu sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus. Und einen eigenständigeren und bewussteren Umgang mit Gehalten und Semantiken, die in anderen Traditionslinien der politischen Moderne geprägt wurden. Der Bundesvorsitzende Robert Habeck hat in seinem Buch *Wer wir sein könnten* anschaulich gezeigt, wie die Schaffung und Reformulierung von Sprachen zugleich immer auch die Schaffung von Wirklichkeiten sowie von Instrumenten zu deren Bearbeitung sein kann. Wenn die Grünen A sagen und ihren Anspruch auf Eigenständigkeit und auf größere Relevanz wirklich ernst nehmen, dann müssen sie auch B sagen und sich auch an die semantische Arbeit einer Neuerschaffung oder zeitgemäßen Reformulierung von überlieferten Sprachen und Konzepten machen, die heute eine konstruktive Rolle spielen können. Und zwar auch dann, wenn diese zuvor in den anderen, den liberalen, sozialen und wertkonservativen Traditionen formuliert wurden.

Ein guter Ausgangspunkt, um hierfür die Fäden aufzunehmen, ist die jüngere politische Geschichte, vor allem der Blick auf die „Verkörperungen“ der anderen politischen Paradigmen – also auf die liberalen, sozialen und

konservativen Kräfte in der Politik.

## **Der zweite Markenkern**

Der Traditionsvertreter des Liberalismus in der bundesdeutschen Parteienlandschaft ist die FDP. Allerdings ist der Liberalismus älter als die FDP und die Bundesrepublik. Und er ist auch in sich vielfach differenziert so dass man ihn, ebenso wie die anderen Paradigmen, fragen kann: Wer seid Ihr? Und wenn ja, wie viele?

In der Frühzeit der Bundesrepublik war die FDP auch ein Zufluchtsort für Nationalisten, die in dieser relativ kleinen Partei Einfluß ausüben wollten. Sie wurden in den 1960er Jahren zurückgedrängt. Die FDP wurde zu einem Ort der lebendigen Debatte und eines bewussten Aufgreifens auf die sozial- und bürgerrechtsliberale Traditionslinie des Linksliberalismus. Also genau jener Linie, die mit dem Sieg des marktradikalen Liberalismus Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre wieder zurück gedrängt wurde – ein Vorgang, der die Partei dauerhaft auszehrte.

Ein parteipolitischer Gewinner der marktradikalen Wende in der FDP waren die neu gegründeten Grünen. Nicht nur die Jungdemokraten, die damalige Jugendorganisation der FDP, orientierte sich nun auf die Grünen, sondern auch ein weit umfassenderer liberaler und radikaldemokratischer Zeitgeist. Er wurde getragen von Menschen, die sich selbst nicht immer das Etikett „liberal“ umgehängt hätten. Doch tatsächlich machten Bürger- und Menschenrechtsaktivisten, Aktive aus der Frauen-, Lesben-, Schwulen-, Friedens- und Anti-Rassismus-Bewegung die Grünen zur Partei einer epochalen „Fundamentalliberalisierung“, die man im Heideggerdeutsch durchaus als neue „Lichtung des Seins“ bezeichnen könnte. Auf diesem Weg wurde die Grünen zum legitimen Erben des deutschen Linksliberalismus und zu dessen Erneuerer. Man kann sogar von einem zweiten Markenkern sprechen, der die Grünen auch mit der Aufklärung und den historischen Freiheits- und Demokratiebewegungen der Moderne zusammenschließt.

*Die Grünen müssen eine Familienaufstellung der großen politischen Ideen der Moderne nicht länger scheuen.*

Grüner Liberalismus meint keinen Klientelismus für die Einzelkämpfer am Markt. Er verbindet sich vielmehr in *citoyenhafter* Weise mit Ansprüchen auf Verallgemeinerbarkeit. Hier zeigt sich der den Grünen tief eingeschriebene „Kantianismus“, nämlich der Anspruch, nach Maximen zu handeln, die stets auch Grundlage einer allgemeinen Gesetzgebung sein könnten. Dieser Anspruch wurde bereits beim ökologischen Paradigma deutlich, mit dem die Sorge um eine allen Menschen und auch den zukünftigen Generationen gemeinsame Umwelt und Natur in den Mittelpunkt rückt. In entsprechender Weise sollen auch gesellschaftspolitische Lösungen verallgemeinerbar sein – akzeptabel für alle oder zumindest für möglichst viele. Sie sollen inklusiv sein und auch den am meisten benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft zugutekommen. Grüner Liberalismus und Individualismus meinen Selbstbestimmung in einer verallgemeinerungsfähigen und dezidiert prosozialen Perspektive.

Dieser besondere liberale Anspruch wurde auch in der Flüchtlingsdebatte deutlich. Während andere mit dem Populismus liebäugelten, blieben die Grünen ihren Grundüberzeugungen treu. Nun können sie die Früchte ernten. Sie wurden immer mehr zum Sprecher eines „backlashs gegen den backlash“, zu Repräsentanten einer breiten demokratischen Mehrheit, die sich der Hassrhetorik und dem regressiven Geist des Populismus widersetzen. Sie wurden zum wichtigsten Sprecher eines breiten, weit über den traditionellen Liberalismus hinausreichenden „liberalen“ Lagers.

Doch im grünen Liberalismus geht es auch um eine gute Marktordnung, um Rahmenbedingungen, die die

Marktkräfte auf die Entwicklung und den Einsatz ökologischer Technologien und Produkte orientieren. Die Grünen müssen auf ganzer Breite die Kraft einer intelligenten und folgenreflexiven Innovation sein, auch bei Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz oder autonomen Fahren. Ökoliberal meint dabei durchaus auch „ordoliberal“, wenn auch nicht in der Schmalspurvariante. Der grüne Liberalismus steht gegen einen Marktradikalismus, der mit einem radikalen Abbau von Regularien ökologische und soziale Folgekosten aus den Entstehungskosten der Produkte herausrechnen will.

## **Die grüne Idee des Sozialen**

Nicht nur die FDP, auch die deutsche Sozialdemokratie verspielte strategische Chancen. Spätestens mit der Kanzlerschaft Helmut Schmidts konterkarierte sie die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, auch die Anliegen der ökologischen Bewegung. Das ökologische Defizit der SPD könnte verwundern, da die ökologische Transformation der Industriegesellschaft ja eigentlich nah am Themenspektrum dieser alten Industriepartei liegt. Doch die korporativistische Einbindung in den Industrialismus der Bundesrepublik bremste die ökologische Neuausrichtung der Partei. Und tut es noch heute, wie die letzten Gefechten rund um den Braunkohleausstieg gerade wieder zeigen.

Hinzu kam die Orientierung an Blairs „New Labour“ unter Kanzler Schröder. Sie führten zu den Hartz-Reformen und einem lang anhaltenden und nicht abgeschlossenen Streit innerhalb der SPD und der deutschen Linken insgesamt. Der Modernisierungsversuch, der auch eine Antwort auf die sozioökonomischen Umbrüche sein sollte, beinhaltete auch eine tiefgreifende Umstellung im Menschenbild – weg vom klassischen homo solidaricus der sozialdemokratischen Tradition, hin zum homo oeconomicus der wirtschaftsliberalen Tradition. Zusätzlich verlor die Partei durch die Beteiligung an drei Großen Koalitionen ab 2005 weiter an Kontur. Inzwischen ist sie von einer tiefen Melancholie erfasst und kann keine schlüssige Antwort auf die Frage geben, was die Aufgabe der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert eigentlich sein soll.

Gleichwohl sind die sozialen Fragen nicht aus der Welt – auch und gerade nicht für die Grünen. Sie waren im Unterschied zur SPD nie eine „fordistische“ Partei. Ihnen fehlte die Mitgliederbreite, der symbiotische Bezug zu den Gewerkschaften und das hierarchische Organisationsdenken. Sie leben und denken stattdessen in „flachen“ Hierarchien. Das meint auch eine Vorstellung von Subsidiarität, nach der Sozialpolitik und staatliches Handeln nicht paternalistisch und autoritär über Individuen entscheiden, sondern deren Selbstbestimmung und Eigenverantwortung fördern und unterstützen sollte. Mit diesem Zugang führen die Grünen ein besonderes *sozialliberales* Erbe fort. Es entspricht der heutigen, sich individualisierenden Gesellschaft und unterscheidet sich auch vom traditionell interessenbürgerlichen FDP-Individualismus, der die Arbeit der politischen Verallgemeinerung ja am liebsten der unsichtbaren Hand des Marktes überlassen möchte.

Die Sozial- und Gesellschaftspolitik der Grünen gründet auf kantisch-citoyenhaften Ansprüchen der Selbstbestimmung und Verallgemeinerbarkeit und auf einer besonderen grünen Empathie für die unterschiedlichen sozialen Problemerkahrungen unserer Zeit: von Kinder- und Altersarmut über Pflegenotstand bis zu mangelnder Inklusion. Und nicht zuletzt auch im Wissen, dass die Allerärmsten es sind, die an den Folgen der ökologischen Probleme am stärksten leiden.

Die Grünen verfügen über einen komplexen Gerechtigkeitsbegriff, der verschiedene Gerechtigkeitsdimensionen verbindet. Sie wissen, dass mangelnde Geschlechtergerechtigkeit kein „Nebenwiderspruch“ des Sozialen ist. Sie stehen für Chancengerechtigkeit und den fairen Zugang zu Bildung und für eine Anerkennungspolitik, die Individuen unterstützt, besondere Identitäten herauszubilden und zwanglos und frei von Diskriminierung zu leben. Und sie wissen, dass auch der Anspruch auf Verteilungsgerechtigkeit nicht obsolet ist – und auch nicht von einem ethnizierenden Begriff von Verteilung verdrängt oder überlagert werden darf. Soziale Fragen dürfen nicht als Kampf des „eigenen Volkes“ gegen Migranten, Flüchtlinge und „Fremdarbeiter“ desartikuliert werden. Hier liegt

ein wichtiger Konfliktpunkt der Grünen mit Teilen der deutschen Linkspartei. Die soziale Idee der Grünen ist der Aufklärung verpflichtet und dezidiert antipopulistisch und antinationalistisch.

## **Wertkonservative Perspektiven**

Die Christdemokraten repräsentieren das „konservative Lager“ in der Bundesrepublik. Sie verstehen das Konservative neben dem Christlich-Sozialen und Liberalen als eine ihrer drei Wurzeln. Gegenwärtig leiden sie unter einem komplizierten Zweifrontenkrieg, der ihnen von der bayerischen Schwesterpartei CSU eingebracht wurde. In einem Schaukampf gegen „die Flüchtlinge“ wollte diese ihr eigenes „konservatives“ Profil schärfen – und stärkte vor allem die populistische AfD. Eine zweite, innerparteiliche Front richtete sich „gegen Merkel“, gegen die eigene Kanzlerin und ihre Flüchtlingspolitik. Unterschwellig war aber auch die Modernisierung gemeint, die Angela Merkel der Union ansatzweise verordnet hatte.

Was bedeutet das für die Grünen? Muss es überhaupt etwas bedeuten? Versuche aus den Anfangsjahren, die deutschen Grünen auf eine rechtskonservativ-völkische Blut-und-Boden-Ökologie zu verpflichten, blieben – Gott sei Dank! – Episode. Die Grünen sind den entgegengesetzten Weg gegangen – hin zu einem liberalen Ökologismus mit sozialem Antlitz. Warum sollten sie heute also über „das Konservative“ nachdenken?

*Der Schutz von Umwelt, Klima oder Biodiversität kann sich nämlich aus sehr unterschiedlichen „ideellen“ Ressourcen motivieren – aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, aus moralphilosophischen und naturästhetischen Erwägungen oder auch aus theologischen Positionen und Glaubensüberzeugen.*

Eine Antwort gibt Winfried Kretschmann in seinem Buch *Worauf wir uns verlassen wollen*, in dem er eine „neue Idee des Konservativen“ formuliert. Dabei wird deutlich, dass die Markenkerne der Grünen, das Ökologische und der ihm eigentümlich assoziierte, bürgerrechtlich und sozial gedachte Liberalismus, bemerkenswerte Schnittmengen mit einem weltoffenen, nicht reaktionären Konservativismus haben. Tatsächlich gründet die ökologische Idee in einer Dialektik der Aufklärung, die im konservativen Denken ihre erste Heimstätte hatte – nämlich als Achtsamkeit auf die Folgen eines revolutionären Wandels, der nicht nur Positives schafft, sondern auch zerstörerische Folgen zeitigt. Die im ökologischen Paradigma so zentrale Technikfolgenreflexion ist im konservativen Paradigma bereits angelegt.

Auch die Rede vom „Erhalt der Schöpfung“, in der ein christlich-konservatives Denken das ökologische Paradigma in eine eigene Semantik überführt, zeigt große Schnittmengen. Der Schutz von Umwelt, Klima oder Biodiversität kann sich nämlich aus sehr unterschiedlichen „ideellen“ Ressourcen motivieren – aus naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, aus moralphilosophischen und naturästhetischen Erwägungen oder auch aus theologischen Positionen und Glaubensüberzeugen. Solche Überlappungen praktisch nutzbar zu machen ist eine zentrale Aufgabe grüner „Ideenpolitik“. Ein Begriff, an dem eine solche Arbeit sich orientieren kann, ist der des „überlappenden Konsenses“ von John Rawls.

Eine zweite hochaktuelle Bedeutung des „Conservare“ liegt in der Bewahrung der offenen Gesellschaft. Die Geschichte zeigt, dass die Stabilität der Demokratie stark davon abhängt, dass auch ein eher konservativ geprägtes Spektrum der Bürgerschaft sie unterstützt und verteidigt – und gerade nicht in das Lager der Populisten und Völkisch-Nationalen überläuft.

## **Grüne Familienaufstellung**

Praktisch-politisch ist den deutschen Grünen längst aufgegangen, dass sie mehr und anderes sind als bloß aus der Art geschlagene Söhne und Töchter der Sozialdemokratie. Und auch mehr und anderes als ein libertär-anarchisches oder naturromantisch-konservatives Fleisch vom Fleische des Bürgertums. Die Grünen pochen auf ihre Eigenständigkeit. Und sie verkörpern mit der Ökologie ein Menschheitsthema, das den modernen Lebensstil prägt und ethische, ästhetische und soziokulturelle Ansprüche von Millionen Menschen bestimmt. Zusammen mit einem Geist der Weltoffenheit und der sozialen Empathie ist das tragfähig genug, um die langen Linien einer konstruktiven Politik für das 21. Jahrhundert zeichnen – so, wie auch andere Parteien, die ebenfalls originäre politische Grundströmungen verkörpern, es in ihren Glanzzeiten getan haben. Die Grünen müssen eine Familienaufstellung der großen politischen Ideen der Moderne nicht länger scheuen.

---



Dr Reinhard Olschanski studied philosophy, music, politics, and German language and literature in Berlin, Frankfurt, and Urbino (Italy). His doctoral thesis was written under the supervision of Axel Honneth. In addition to having held a range of teaching posts, Dr Olschanski has many years' experience as a political advisor in the German Bundestag, the State Parliament of North Rhine-Westphalia, and the State Ministry of Baden-Württemberg. Dr Olschanski has published widely on a variety of topics including politics, philosophy, music, and culture.

Published July 19, 2019

Article in German

Translation available in English

Published in the *Green European Journal*

Downloaded from <https://www.greeneuropeanjournal.eu/grune-relevanz-ein-vorschlag-zur-ideenpolitik/>

*The Green European Journal offers analysis on current affairs, political ecology and the struggle for an alternative Europe. In print and online, the journal works to create an inclusive, multilingual and independent media space. Sign up to the newsletter to receive our monthly Editor's Picks.*